

Sperrfrist: 31.8.1989,
11.00 Uhr

SCHWEIZERISCHER FREISINNIG-DEMOKRATISCHER PRESSEVERBAND

ANSPRACHE VON BUNDESRAT KASPAR VILLIGER:

HALTUNG DER LANDESREGIERUNG ZUR ARMEEABSCHAFFUNGSINITIATIVE

BERN, 31. AUGUST 1989

Einleitung

Ende November werden wir über die Initiative "für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik" abstimmen. Damit steht eine Vorlage zur Diskussion, die in ihrer Radikalität in der Geschichte unseres Landes wohl einzigartig ist.

Bei diesem Begehren geht es nicht um ein militärpolitisches Einzelproblem. Es geht beispielsweise nicht darum, wie die Armee ausgestaltet sein soll, ob wir einen Zivildienst einführen sollen oder wie hoch die Militärausgaben sein dürfen. Nein, es geht schlicht und einfach um die radikale Grundfrage, ob wir in Zukunft zur Sicherung von Volk und Land auf das bewährte Mittel "Armee" ganz verzichten sollen oder nicht.

Grundsätzliche Auseinandersetzungen bieten immer auch Chancen. Die Diskussion um unsere Friedens- und Sicherheitspolitik und über die Notwendigkeit ihres Eckpfeilers, der Armee, gibt uns die

Chance, diese Sicherheitspolitik möglichst breit im Volke abzustützen und unserer Jugend näherzubringen. Die Auseinandersetzung zwingt uns aber auch selber, nicht in vorgefassten Meinungen zu verharren, sondern Bewährtes und Selbstverständliches zu überdenken, zu überprüfen und zu aktualisieren.

Ob dies alles allerdings gelingt, wird davon abhängen, wie offen und fair die Diskussion geführt wird. Entscheidend wird es sein, dass sich Armeebefürworter und -gegner nicht mit billigen Schlagworten begnügen, sondern sich mit Sinn und Zweck der Armee im Rahmen unserer Sicherheitspolitik differenziert auseinandersetzen.

Ich bin mir bewusst, dass Ihnen als berufsmässige Beobachter und Kommentatoren der politischen Szene die Gründe der Landesregierung für ihre ablehnende Haltung der Initiative gegenüber bestens vertraut sind. Ich möchte mich deshalb auf folgende Aspekte beschränken:

- die sogenannte Bedrohungslage
- die Bedeutung der Armee für die strategische Berechenbarkeit der Schweiz in Mitteleuropa
- die gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Bedeutung der Armee
- die Reaktion des Auslandes auf die Initiative
- die Armee als Basis für den sogenannten ausgreifenden Teil der Sicherheitspolitik
- die Erwartungen der Landesregierung im Zusammenhang mit der Abstimmung

Das Bedrohungsspektrum

Ob eine Armee als nötig empfunden wird, hängt stark damit zusammen, ob sich die Menschen bedroht fühlen oder nicht. Dieses Bedrohungsgefühl hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Die Periode des kalten Krieges scheint beendet. Viele Menschen fühlen sich nicht mehr durch die nach wie vor bestehenden internationalen Spannungen oder Waffenarsenale bedroht, sondern beispielsweise durch Umweltzerstörung, Armut, Unterdrückung oder weltweite Emigrationsbewegungen. Sie meinen, wir sollten unsere Kräfte auf diese Bedrohungsformen konzentrieren.

Vorab meine ich, dass es nicht darum gehen kann, verschiedene Bedrohungsformen gegeneinander auszuspielen. Der Staat hat die Aufgabe, angemessene Massnahmen im Hinblick auf sämtliche Bedrohungsformen zu treffen.

Wie steht es nun aber mit der militärischen Bedrohung?

Tatsächlich gibt es einige Entwicklungen, die zuversichtlich stimmen. Einige Konflikte auf der Welt haben sich entschärft. Die Beziehungen zwischen den grossen Blöcken scheinen sich zu normalisieren. Mit dem INF-Vertrag ist ein erstes echtes Abrüstungsabkommen in Kraft getreten. Es baut zwar lediglich etwa 4% der nuklearen Kapazität ab, hat aber wegweisenden Charakter, indem

erstmalig derjenige mehr abbauen muss, der über mehr Waffen verfügt, und indem neue Wege der vor-Ort-Verifikation begangen werden. Die auf verschiedenen Ebenen laufenden Abrüstungsbestrebungen scheinen an Dynamik gewonnen zu haben. Man darf wohl durchaus davon ausgehen, dass der Ausbruch eines Dritten Weltkrieges derzeit unwahrscheinlich ist.

Wir dürfen nun aber einige andere Tatsachen nicht verdrängen. Nach wie vor existieren auf der Welt zahllose Krisenherde. Unterdrückung, Not, Armut oder grossflächige Umweltzerstörungen erzeugen Spannungen, die sich jederzeit mit Gewalt entladen können. Die Waffenpotentiale gerade in Mitteleuropa sind nach wie vor gewaltig und beängstigend. Weltweit ist die sogenannte indirekte Kriegsführung mit Terror, Sabotage, Erpressung und Desinformation im Zunehmen begriffen. Wir müssen zudem erkennen, dass bisher trotz der Abrüstungsrhetorik qualitativ nach wie vor aufgerüstet und nicht abgerüstet wird.

Die Geschichte zeigt auch, dass sich die strategische Grosswetterlage ständig verändert. Rückschläge sind ebensogut möglich wie Fortschritte. Die schrecklichen Ereignisse in China belegen dies. Es gibt keine Garantie dafür, dass solche Rückschläge nicht auch in Regionen geschehen, die für uns sicherheitspolitisch von grösserer Bedeutung sind.

Weil sich politische Absichten immer wieder ändern können, darf sich eine Armee nie nach den deklarierten Absichten der Politiker richten. Sie muss von den effektiv vorhandenen Waffen- und Mannschaftspotentialen ausgehen. Diese Potentiale sind aber gerade in Mitteleuropa nach wie vor derart gross, dass eine schweizerische Sicherheitspolitik ohne Armee unverantwortlich wäre. Ein abrupter Machtwechsel kann eine friedensbereite Macht über Nacht in eine aggressive verwandeln. Wer dann nicht gerüstet und ausgebildet ist, kann das Versäumte nicht in der notwendigen Frist nachholen. Erst, wenn die Potentiale signifikant reduziert und zudem eine nichtangriffsfähige Struktur erhalten haben, wäre ein Nachlassen unserer Wehrbemühungen verantwortbar. Es ist nicht auszuschliessen, dass die laufenden Rüstungskontrollverhandlungen diesem Ziel näherführen. Obwohl wir die Chancen besser bewerten als auch schon, sind die Schwierigkeiten im Detail derart gross, dass es zweifelhaft ist, ob die in jüngster Zeit sehr optimistisch gewordenen Zeithorizonte realistisch sind.

Wir müssen zudem realisieren, dass auch der Abrüstungsprozess niemals zu einer Welt ohne Waffen führen wird. Auch neue Sicherheitssysteme der Zukunft werden auf Armeen beruhen. Leider sind aber Konflikte auf jedem Rüstungsniveau möglich. Immerhin haben unsere Vorfahren auch mit Hellebarden Kriege führen können. Eine friedlichere Welt kann erst entstehen, wenn die konfliktträchtigen

Spannungsherde abgebaut werden. Waffen sind nie Ursache, sondern Folgen solcher Spannungen. Deshalb hat die KSZE ja drei Körbe, nämlich neben dem militärischen Korb auch einen wirtschaftlichen und einen menschenrechtlichen.

Ob die uns umgebenden Potentiale abgebaut werden, hängt also nicht zuletzt davon ab, ob die Spannungen abgebaut werden können. Ich selber bin überzeugt, dass dauerhafter Friede nur möglich ist, wenn die Völker in Freiheit und Demokratie sowie mit einem gewissen Lebensstandard leben können. Ueberall, wo Entwicklungen in dieser Richtung möglich sind, müssen wir dies unterstützen.

Viel hängt von der Entwicklung im Ost-West-Verhältnis ab. Der Oeffnungsprozess in der Sowjetunion ist eindrücklich. Es gilt aber zu bedenken, dass er nicht das Ziel verfolgt, eine Demokratie nach westlichem Muster und eine Marktwirtschaft einzurichten. Immer wieder wurde uns in Moskau versichert, dass die Grundlagen des Sozialismus und Leninismus nicht in Frage gestellt würden. Das setzt jeder Reform Grenzen. Das Ziel scheint vielmehr, die mit den alten Methoden unlösbaren immensen Probleme dieses Landes neu anzugehen. Die Oeffnung könnte indessen ungewollt nicht nur wirtschaftliche Kreativität freisetzen, sondern auch politische Sprengkraft entwickeln. Ob es der Sowjetunion gelingen wird, den schmalen Weg der dosierten und kontrollierten Oeffnung bis zum

Ende zu gehen, ist deshalb noch offen. Wir wollen auch dankbar anerkennen, dass einige osteuropäische Länder bei den Menschenrechten unbestreitbar Fortschritte gemacht haben. Das ist überaus positiv. Die Ereignisse in Georgien oder in Rumänien zeigen aber, dass noch ein langer Weg zurückzulegen sein wird.

Zum echten Abbau der Waffenpotentiale braucht es auch gegenseitiges Vertrauen. Nachdenklich hat mich bei meinem Besuch in Moskau gemacht, wieviel Misstrauen gegenüber den westlichen Demokratien in sowjetischen Militärkreisen nach wie vor vorhanden ist. Wer die militärischen und politischen Möglichkeiten der westlichen Demokratien kennt, empfindet zwischen diesem Misstrauen und der realen Bedrohung eine schwer verständliche Diskrepanz. Ich glaube, dass nur vermehrte und vertiefte Kontakte Vertrauen aufbauen können. Wir brauchen solche Kontakte nicht zu fürchten und müssen sie fortsetzen.

Im übrigen braucht es Jahre, bis eine auf Angriff konzipierte Armee in eine reine Verteidigungsstreitmacht umstrukturiert ist. Wir wissen, dass die Sowjetunion derzeit einseitig Waffen und Bestände abbaut. Ob das eine eigentliche Abrüstung oder eine Rationalisierung ähnlich einer Methode der Gemeinkostenwertanalyse darstellt, ist vorläufig noch schwer zu beurteilen. Auf jeden Fall wird die

Invasionsfähigkeit der Roten Armee vorderhand kaum abnehmen.

Die Bedeutung unserer Landesverteidigung für die Stabilität Europas

Eine schwach verteidigte Schweiz würde für die Blöcke ein Sicherheitsrisiko bedeuten. Jeder Block müsste im Spannungsfall befürchten, der andere Block könnte den unverteidigten Raum für Angriffsoperationen, Truppen- und Flugzeugbewegungen und dergleichen missbrauchen. Die bohrenden Fragen des ehemaligen italienischen und des französischen Verteidigungsministers nach der Qualität unserer Luftverteidigung, nach unserer Reaktionszeit bei der Mobilmachung und nach der ständigen Bereitschaft unserer Verteidigung haben mir sehr deutlich gezeigt, dass dieses Problem unsere europäischen Nachbarn beschäftigt. Es hat auch gezeigt, dass unsere Neutralität nur dann ernst genommen wird, wenn unsere Verteidigungsfähigkeit stark bleibt und wenn wir in der Lage sind, auch modernsten Angriffssystemen entgegenzutreten.

Damit wird auch deutlich, was von einer Guerillaarmee ohne Hochleistungssysteme wie moderne Kampfpanzer oder Kampfflugzeuge zu halten ist: nämlich nichts. Eine Guerillaarmee kann nach einer Besetzung wohl dem Gegner Nadelstiche zufügen, aber sie kann ihn niemals an der Besetzung oder am Durchmarsch unseres Raumes hindern. Sie würde damit unsere Aufgabe, einen Beitrag an die Stabi-

lität Europas zu leisten, nicht erfüllen. Sie wäre auch nicht in der Lage, unsere neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Darüber herrscht übrigens im Kreise unserer höchsten Offiziere im Gegensatz zu einigen Pressemeldungen absolute Einigkeit.

Ich möchte noch auf die Binsenwahrheit hinweisen, dass unsere Armee eine reine Verteidigungsarmee ist. Während andere Armeen erst die Fähigkeit zu grossräumigen Angriffsoperationen abbauen wollen, ist bei uns die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit längst verwirklicht. Diese Armee soll nur in Notwehr eingesetzt werden, und sie kann auch nur in Notwehr eingesetzt werden. Notwehr aber ist in jeder Hinsicht legitim und auch moralisch unanfechtbar. Daraus ergibt sich aus, dass die Abschaffung einer Armee, die keinen bedroht, auch keinem nützt. Zu glauben, damit würde ein Zeichen gesetzt, welches Signalwirkung habe und andere zur Nachahmung anregen könnte, zeugt von einer nicht überbietbaren Realitätsferne.

Ein vehementer Armeekritiker hat unlängst geschrieben, die Schweiz komme in keinem Kriegsszenario der NATO und des Warschauer Paktes vor. Sollte dies zutreffen, so wäre es das schönste Kompliment, das man unserer Armee machen könnte. Es liegt auf der Hand, dass sich dies dramatisch ändern würde, wenn wir keine Armee mehr hätten.

Die gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Bedeutung der Armee

Unser Land mit seinen vier Sprachregionen und seiner Vielfalt besteht aus lauter Minderheiten. Der Militärdienst führt Bürger und Bürgerinnen aus allen Regionen und Schichten zusammen. Leute aus den verschiedensten sozialen Schichten lernen sich dort kennen und schätzen, und sie finden im Gespräch zueinander. Ich bin deshalb überzeugt, dass unsere Armee einen bedeutenden Beitrag dazu geleistet hat, dass unser Land von sozialen Spannungen weniger betroffen worden ist als andere Länder. Sicherlich könnte dies kein Grund sein, eine Armee aufrechtzuerhalten, wenn sie sicherheitspolitisch nicht nötig wäre. Zu bedenken ist es trotzdem.

Dasselbe gilt für die wirtschaftlichen Folgen einer Armeeabschaffung. Sie sind erheblich. Kurzfristig würden wir allein beim EMD und den Rüstungsbetrieben über 20'000 Arbeitsplätze verlieren. Nur jemand, der von Wirtschaft keine grosse Ahnung hat, kann behaupten, die betroffenen Menschen seien problemlos und in kurzer Zeit wieder an befriedigenden Arbeitsplätzen unterzubringen. Ueber 6000 Industrie-, Gewerbe- und Handelsunternehmen würden grössere und kleinere Armeeaufträge verlieren. Da in den letzten Jahren 80 % unserer Rüstungsausgaben direkt oder indirekt in der Schweiz geblieben sind, bedeuten diese für unsere Wirtschaft eine wichtige und konjunkturresistente Stütze. Von 1980-1988 sind auf

diese Weise der Schweizer Wirtschaft über 11 Milliarden Franken zugeführt worden.

Die Wirkung der Initiative im Ausland

Die Gespräche mit ausländischen Verteidigungsministern haben mir einen Sachverhalt aufgezeigt, den ich vorher unterschätzt hatte. Ein Land ohne Armee wird schlicht und einfach politisch nicht ernst genommen, hat kein politisches Gewicht. Man glaubt, es habe keinen Selbstbehauptungswillen mehr, keine innere Kraft und keine eigene Identität. Dass die Generalstäbe ausländischer Armeen den Verteidigungswillen und die moralische Kraft eines Volkes ebensohoch bewerten wie die Waffen, über welche dessen Armee verfügt, ist bekannt. Dass aber das Vorhandensein einer Armee und der Selbstbehauptungswille auch in Friedenszeiten für die Bewertung eines Landes so wichtig sind, hat mich selber überrascht. So hat denn auch schon die Tatsache, dass eine solche Initiative in der Schweiz ergriffen wurde, im Ausland zu einem Mischgefühl von Ungläubigkeit, Kopfschütteln und Irritation geführt. Unsere Unterhändler von der diplomatischen und wirtschaftspolitischen Front haben vom gleichen Effekt berichtet und sprechen von einer negativen Beeinflussung des Verhandlungsklimas in völlig unmilitärischen Bereichen.

Sicherlich ist diese Irritation auch in der Unkenntnis unseres politischen Systems begründet. Sollte aber in der Volksabstimmung die Initiative nicht sehr deutlich abgelehnt werden, würde dies als ein bedenkliches Signal mangelhaften Selbstbehauptungswillens aufgefasst. Dann erst wären die Folgen fatal. Das sollten sich vor allem jene merken, welche die Armee im Grunde gar nicht abschaffen, ihr aber mit einem Ja an der Urne einen Denkkzettel verpassen wollen.

Die Bedeutung der Armee für den ausgreifenden Teil unserer Sicherheitspolitik

Sie wissen, dass unsere Sicherheitspolitik aus zwei Komponenten besteht, nämlich der bewahrenden (die Armee) und der ausgreifenden. Wir wollen mit dieser zweiten Komponente einen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit dieser Welt leisten. Es geht dabei um ein überaus interessantes Mosaik von Massnahmen in den verschiedensten Bereichen. Wir wissen von Auslandkontakten, dass die Dynamisierung dieser Tätigkeit unserem Image im Ausland gut getan hat. Es wird gewürdigt, dass sich die Schweiz nicht nur wirtschaftlich mit der übrigen Welt verbinden will, sondern dass sie auch bereit ist, solidarisch mitzuhelfen, einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker zu leisten.

Da Sie die meisten dieser Aktivitäten kennen, kann ich es bei einer summarischen Aufzählung bewenden lassen:

- Teilnahme an verschiedenen internationalen Konferenzen über vertrauensbildende Massnahmen, Abschaffung der chemischen Waffen, Menschenrechte usw.
- Sicherstellung der medizinischen Versorgung der UNO-Friedenstruppe in Namibia mit einer Truppe von Freiwilligen
- Ausbildung von Sicherheitsexperten auf internationaler Basis
- Vorgesehener Einsatz von schweizerischen Militärbeobachtern bei friedenserhaltenden Aktionen

Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, dass wir im Sinne des Grundsatzes der Disponibilität diesen Bereich der Sicherheitspolitik fördern wollen. Interessant ist indessen, dass solche Beiträge an den Weltfrieden nur ein Land mit militärisch geschulten Leuten und mit einer leistungsfähigen Armee im Hintergrund glaubwürdig leisten kann. Das zeigt unsere bisherige Erfahrung eindeutig.

Im übrigen zeigen die armeegestützten Friedensaktionen überzeugend, dass zwischen Friedens- und vorausschauender, zeitgemässer und dennoch realistischer Sicherheitspolitik eine völlige Uebereinstimmung besteht. Es wäre wünschenswert, wenn armeekritische Mitbürger dies in ihre Ueberlegungen einbeziehen würden.

Erwartungen der Landesregierung im Zusammenhang mit der Abstimmung

Zum Schluss möchte ich Ihnen einige Erwartungen des Bundesrates im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Armeeabschaffungsinitiative darlegen. Drei Punkte scheinen der Landesregierung entscheidend:

1. Wir hoffen sehr, dass eine faire und sachliche Diskussion über dieses in der Tat radikale Begehren geführt wird, damit die gegenseitige Dialogbereitschaft über alle unterschiedlichen Auffassungen hinweg in unserem Land erhalten bleibt. Die Art der kommenden Diskussion über diese hochgradig emotionale Vorlage wird zum Prüfstein unserer politischen Kultur werden. Es wäre gefährlich, wenn unser Volk in dieser Frage in zwei unversöhnliche Lager zerfiele.
2. Der Bundesrat hofft auf eine hohe Stimmbeteiligung. Bei dieser Vorlage geht es um grundsätzliche Fragen unserer Friedens- und Sicherheitspolitik, aber auch um Fragen unseres nationalen Selbstverständnisses. Darüber müssen möglichst viele Schweizer entscheiden!
3. Unser Ziel muss es sein, dass die Initiative bei der Abstimmung von Volk und Ständen deutlich verworfen wird. Gegenüber dem

Ausland - ich habe darauf hingewiesen - ist es überaus wichtig, ein deutliches Signal des Selbstbehauptungswillens zu setzen. Die Beurteilung unseres Wehrwillens ist ein Hauptelement der Kriegsverhinderungsfähigkeit unserer Armee. Nur mit einem deutlichen Resultat kann die im Ausland festgestellte Verunsicherung über die strategische Berechenbarkeit der Schweiz wieder beseitigt werden.